

Integration nach Plan

CDU will Migrationsmanager für arabische Familien und Sprachtests

Sonderbetreuer für arabische Familien, Kürzung von Kindergeld für Schulverweigerer und Deutschunterricht am Nachmittag. Das sind einige Ideen des Integrationskonzepts, das die CDU heute vorstellen wird.

Über 30 Einzelideen sind in dem mehr als 40 Seiten umfassenden Papier beschrieben. Noch ist es nicht veröffentlicht.

„Wir müssen die Integrationspolitik aktiv betreiben“, sagte Burkard Dregger, der gemeinsam mit seiner CDU-Kollegin Monika Grütters das Integrationskonzept erarbeitete.

Der Sprachtest, mit dem die Deutschkenntnisse ermittelt werden, soll in der Kita um ein Jahr vorgezogen werden, um so mindestens zwei Jahre für gezielte Übungen zu haben. Zudem sollen



Den Eltern von Schulschwänzern soll das Kindergeld gekürzt werden

alle Schüler in Problemgebieten einen Sprachtest absolvieren. Wer Defizite aufweist, muss an einem verpflichtenden Förderunterricht am Nachmittag teilnehmen. „Auch wenn das viel Geld kostet, das muss sein“, sagte Dregger.

Schulen in Problemgebieten wie Moabit oder Kreuzberg sollen durch Leistungsklassen für deutsche Schüler attraktiv werden. In

diesen Klassen sollen nur Migranten ohne Sprachprobleme und Deutsche unterrichtet werden. „Wir wissen, dass die Trennung bedenklich ist. Aber nur so können wir den Deutschen im Kiez ein gutes Schulangebot machen und damit die Abwanderung verhindern“, sagte Dregger.

Die CDU will die Eltern von Schulverweigerern finanziell bestrafen. Ihnen soll das Kindergeld gekürzt werden. Dafür will die Union Bundesgesetze ändern.

Um die Berufschancen zu verbessern, sollen ehrenamtliche „Berufslotsen“ Praktika und Ausbildungsplätze in Unternehmen vermitteln.

In allen Bezirken sollen Integrationsbeauftragte installiert werden. Um das Problem der arabi-

schen Familien, die sich abschotten und in Parallelgesellschaften leben, sollen sich gezielt sogenannte Migrationsmanager, die Arabisch können, kümmern.

Die CDU will auch das Problem der Ghettoisierung angehen. So sollen die landeseigenen Gesellschaften bei der Vergabe von Mietverträgen darauf achten, dass es eine „gesunde Mischung“ gibt, so Dregger weiter.

Die doppelte Staatsbürgerschaft lehnt die Hauptstadt-CDU ab. Nur Berliner mit deutscher Staatsbürgerschaft sollen ihrer Meinung nach wählen dürfen. Das gilt auch für die Wahlen in den Bezirken. „Es muss eine Motivation geben, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten. Sie muss aber auch erreichbar sein für die Migranten“, sagte der CDU-Politiker.